Herausgeber/innen:

Allgemeines Syndikat Nordhessen (ASN)
c/o Freies Radio Kassel,
Sandershäuser Str. 34
34123 Kassel, Germany
asn.kassel@freenet.de

und

Anarchosyndikat Köln/Bonn
c/o Buchladen "Le Sabot"
Breite Str. 76,
53111 Bonn, Germany
educat@anarchosyndikalismus.org



gemeinsame Webseite:

http://anarchosyndikalismus.org

[Redaktionsschluss: Frühjahr 2011; ViSdP: A. Nashie, Bonn]



SchwarzRote Feder

anarchosyndikalistisches Magazin

5 **Produktionskosten: etwa 1 €**



Inhalt:

Sparprogramme in Britannien

Arbeiter zahlen für kapitalistische Krise

Überall auf der Welt sind es die Arbeiter/innen, die den Preis für die Krise des Kapitalismus zahlen müssen. In Britannien kostete es eine Billion Pfund Sterling, um die Banken vor einem Zusammenbruch zu retten. Und die [konservative] Regierung hat nun vor die Kosten für die Bankenrettung durch massive Ausgabenkürzungen zu finanzieren. Bereits die Angriffe der Regierung Thatcher [1979-1990] hatten viele Gemeinschaften der Arbeiterklasse zerschlagen. Doch die geplanten Ausgabenkürzungen gehen weit darüber hinaus, was sich Thatcher jemals erträumt hatte. In den nächsten vier Jahren plant die Regierung ihre Staatsausgaben um 25% zu kürzen.

Sogar die Regierung gibt zu, dass das zu einem Verlust von über einer Million Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst führen wird. Die britische Wirtschaft ist derart abhängig vom Öffentlichen Dienst, dass es nach Regierungsangaben mindestens zu einer weiteren halben Million Kündigungen in der Privatwirtschaft kommen wird. Diese verlorenen Arbeitsplätze werden am härtesten in den alten Industriezentren Britanniens zu spüren sein, wie in Schottland, Nordengland und Wales, die schon von der Thatcher-Regierung geschwächt worden sind.

Damals behauptete die Regierung, dass neue Hoch-Technologie-Industrien den Arbeitsplatzabbau in traditionellen Industriezweigen, wie Bergbau und Schwerindustrie, ausgleichen würden. Das hat jedoch nie stattgefunden. Stattdessen wurden Jobs im privaten Sektor geschaffen. Und ein Ergebnis davon ist, dass heute über 60% der Arbeitsplätze in den alten Industrieregionen in der Privatwirtschaft sind. Wenn nun die Regierung mit den geplanten Kürzungen durchkommt, werden diese Regionen zu industriellen Wüsten verfallen, mit massiver Arbeitslosigkeit und allen damit verbundenen gesellschaftlichen Problemen.



Einige der tiefsten Einschnitte werden die Ärmsten, und die Arbeitslosen treffen, sowie alle, die aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können. Die Regierung wird als Teil dieser Kürzungen auch die Axt anlegen an das bereits bröckelnde Sozialstaatssystem. Nach monatelangen rhetorischen Angriffen auf „Sozialschmarotzer" wurden die Sozialleistungen nun um 7 Milliarden Pfund jährlich gekürzt – nachdem bereits vor Monaten Kürzungen von 11 Milliarden Pfund pro Jahr beschlossen wurden.

Den Leute, die von Sozialleistungen abhängig sind, und den bereits Verarmten wird das Leben noch schwerer gemacht. Behinderten und Kranken wird das Geld einfach weggenommen. Die Sozialkürzungen bedeuten für 18 Millionen Haushalte mindestens 1.000 Pfund im Jahr weniger. Die Angriffe auf das Wohngeld werden viele aus ihren Häusern vertreiben. Arbeiter/innen werden gezwungen sein für ihre Rente länger zu schuften und mehr Beiträge zu zahlen, um im Ruhestand dann weniger zu bekommen.

Als Teil der Kürzungen zieht sich der Staat aus ganzen Branchen zurück. Zum Beispiel in der höheren Bildung plant die Regierung eine Verringerung der Universitätsförderung um 40%. Der Fehlbetrag soll wieder reinkommen indem den Universitäten erlaubt wird von den Studierenden immer höhere Gebühren zu verlangen. Tatsächlich betreibt die Regierung damit die teilweise Privatisierung des Bildungssystems.

Die Auswirkungen dieser Privatisierung wird für Studierende und Arbeiter/innen gleichermaßen spürbar sein.

Wenn die von den Student/innen geforderten Gebühren ansteigen, werden Kinder aus der Arbeiterklasse unmöglich ein Universitätsstudium finanzieren können. Dadurch wird die Hochschulbildung noch mehr zu einem Privileg der Mittelklasse. Die Elite der britischen Universitäten, wie Oxford und Camebridge, sind jetzt schon von den Kindern der Mittel- und Oberklasse dominiert. Diese Hochschulen werden in der Lage sein immer höhere Studiengebühren zu verlangen, wobei die jetzt schon peinlich niedrige Anzahl von Kindern aus armen

Familien, die britische Top-Universitäten besuchen, noch weiter gesenkt wird.

Die Privatisierung der Hochschulen wird spürbare Auswirkungen auf die Arbeiter/innen haben. Die Regierung hat bereits deutlich gemacht, dass Unis, die nicht genug zahlungskräftige Studierende anziehen können, um die 40% Finanzierungskürzungen auszugleichen, pleite gehen und tausende Arbeitsplätze verlieren werden. Als Reaktion auf die Kürzung staatlicher Fördergelder haben Hochschulen in ganz Britannien bereits damit begonnen Arbeitsplätze abzubauen, um die Kosten zu reduzieren. Dabei wurde der Lohn der Universitätsangestellten bereits im zweiten Jahr in Folge nicht erhöht.

Die Regierung hat sich ausserdem vorgenommen ihre Unterstützung für die örtliche Verwaltung um 28% herunterzufahren.

In Britannien bieten die örtlichen Behörden eine Bandbreite an öffentlichen Diensten an, von Schulen über Pflegeheimen für Alte und psychisch Kranke bis zu Müllabfuhr und Straßenreinigung. Angesichts der Ausgabenkürzungen sind die Stadtverwaltungen bereits dazu übergegangen Angebote zu streichen, die sie den Schwächsten der Gesellschaft bieten. Arbeitsplätze werden abgebaut und der Lohn wird jenen Arbeiter/innen gekürzt, die sich glücklich schätzen noch einen Job zu haben. Viele lokale Behörden haben eine weitere Welle der Privatisierung gestartet, wobei mindestens eine Stadtverwaltung den Verkauf aller ihrer Dienstleistungen plant.

Unnötig zu erwähnen, dass diese wilden Angriffe auf die Arbeiter/innen nicht auch den Reichen gelten. Die Regierung pumpt weiterhin Geld in die Banken, wobei ein großer Brocken davon letztlich die Gehälter der Bänker/innen anheben wird. In diesem Jahr werden die angeblich Pleite gegangenen Banken ihre Top-Manager/innen mit insgesamt 7 Milliarden Pfund als Bonuszahlungen belohnen. Die Regierung plant ausserdem die Körperschaftssteuer für Unternehmen zu senken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die von der Regierung geplanten Kürzungen bei staatlichen Ausgaben die größten Angriffe auf die Arbeiterklasse seit den 1920er Jahren darstellen. Damals wurde durch die Ausgabenkürzungen die Wirtschaftskrise von 1930 mitverursacht. Und viele sagen heute voraus, dass allein durch die Höhe der Kürzungen eine doppelte Rezession [W-förmiger Konjukturverlauf] verursacht werden könnte, die zu weiterem Arbeitsplatzabbau führt.

Die nächsten vier Jahre werden für die britische Arbeiterklasse kritisch, denn heute ist es schwer vorherzusagen wieviel organsierten Widerstand der Arbeiter/innen es gegen die Kürzungen geben wird. Die britische Arbeiterklasse hat sich noch immer nicht von den Niederlagen der Thatcher-Zeit erholt. Und in Britannien haben in den letzten 30 Jahren massive wirtschaftliche Veränderungen stattgefunden. Die reformistischen Gewerkschaften mögen vielleicht 7 Millionen Mitglieder haben, aber sie sind schwach und jämmerlich. Die Gewerkschaften haben von organisierten Streikaktionen gesprochen, aber ihre bisher einzige Antwort auf die Kürzungen ist eine landesweit geplante Demonstration im März 2011!



Doch in den letzten paar Wochen gab es Anzeichen, dass die Arbeiter/innen nicht abwarten bis die reformistischen Gewerkschaften die Arbeiterklasse betrügen. Obwohl zahlenmäßig klein, gab es einige Demonstrationen im ganzen Land. Es wurde auch eine Graswurzel-kampagne gegen den Mobiltelefonbetreiber Vodaphone gestartet, nachdem bekannt wurde, dass die Firma ihre 6 Milliarden Pfund Schulden bei der Regierung nicht bezahlen muss. Nur durch solche

direkten Aktionen können die staatlichen Kürzungen zurückgedrängt werden, nicht durch passive Demonstrationen, die von reformistischen Gewerkschaften organisiert werden.

[November 2010]

Solidarity Federation (SF)

– **Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA)**

Quelle: http://www.solidarityfederation.org.uk/cuts-in-britain-workers-pay-for-capitalisms-crisis

CENTENARIO
1910 2010 100
100 AÑOS EN LUCHA
CNT

100 Jahre CNT

Anarchosyndikalismus in Spanien seit 1910

Am 01. November 1910 wurde im [Kulturzentrum] Círculo de Bellas Artes in Barcelona die Nationale Arbeitsföderation (Confederación Nacional del Trabajo - CNT) gegründet. Diese Organisation beerbte die 1870 gegründete Region Spanien der Ersten Internationale. Aus der Arbeiterbewegung heraus geboren, war sie die erste unabhängige Gewerkschaft in diesem Land.

In der Überzeugung, dass die „Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann“, wurde die CNT ein Sammelbecken der populären Rebellion, die im Laufe der Geschichte jeder Macht entgegen stand. Diese Rebellion fand schon immer statt, vom ägyptischen Mittleren Königreich bis zur Französischen Revolution. Und sie war der Ursprung der geschichtlichen Entwicklung, die die Menschheit zu den Zielen Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Würde und Fortschritt vollzogen hat.

Die CNT begann ihre anarchosyndikalistischen Aktivitäten aus der einfachen Übereinkunft eine Arbeiterorganisation zu gründen, die unabhängig ist von politischen, religiösen und wirtschaftlichen Mächten. Dies war die Voraussetzung, um die Lebensbedingungen der Arbeiter/innen zu verbessern bis zu einem Ende der Ausbeutung. In nur wenigen Jahren hatte sie die Mehrheit der Arbeiterbewegung organisiert und dabei bemerkenswerte soziale und wirtschaftliche Siege errungen.

Als Beispiel sind zu nennen: der Acht-Stunden-Tag, die 36-Stunden-Woche, das Ende der Kinderarbeit und die Gleichberechtigung der Frauen, sowie die alltägliche Verbreitung der modernen Werte von Solidarität, Föderalismus, Ökologie, Feminismus, freier Liebe, Antimilitarismus und Atheismus. Dieser Teil ihres Erbes erreichte seinen Höhepunkt während der Sozialen Revolution von 1936 als die Utopie des freiheitlichen Kommunismus in allen befreiten Gebieten zum Leben erwachte.



Die Reaktion des internationalen Kapitalismus erlaubte es Francos faschistischer Armee diesen revolutionären Traum für hunderttausende Menschen in einen Albtraum zu verwandeln. Sie wurden nach dem erfolgreichen Staatsstreich im Jahr 1939 verfolgt, hingerichtet oder verschwinden gelassen. Doch keiner der Täter, die allesamt bekannt und einige sogar aktive Politiker sind, wurde für seine Taten in diesem Terrorregime – eines der kriminellsten der Geschichte – auch nur öffentlich angeklagt.





Das haben sie dem schamlosen Pakt der nationalen demokratischen Linken (PSOE, PCE, UGT und CC.OO) mit der Franco-

Diktatur zu verdanken. Diese hatten einer Kapitulation vor dem Kapital zugestimmt und damit einen Pakt besiegelt wurde, der seit 1977 „Spanische Übergangsperiode“ genannt wird.

Trotzdem haben die Leute weiterhin – oft mit ihrem Leben – die Prinzipien des Anarchosyndikalismus verteidigt: Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Föderalismus, Selbstverwaltung, Vereinigungsfreiheit, Solidarität und Direkte Aktion. Die Selbstorganisation bedeutet in Bezug auf die Arbeitswelt, dass jeder Einfluss von politischen Parteien bzw. von wirtschaftlichen und religiösen Institutionen zurückgewiesen wird.

Streiks, Demonstrationen, Repression und Folter waren während der Diktatur (1939-1976) alltäglich. Bis diese [nach dem Tod Francos] 1977 verschwand und die Arbeiterbewegung mit dem Wiederaufbau der CNT begann. Es gab eine jahrelange Reihe von siegreichen Arbeitskämpfen und die Massenversammlungen von Montjuich und San Sebastián de los Reyes markieren die machtvolle Wiedergeburt der Föderation in den Siebziger Jahren.

Der Fortschritt der Arbeiterbewegung, die sich erneut in der CNT selbstorganisierte und im Tankstellenstreik von 1978 beispielhaft kämpfte, rief die kapitalistische Reaktion hervor. Diesmal wurde sie unterstützt von einem demokratischen Staat und seinem institutionellen Apparat (Regierung, Parteien, Gewerkschaftsbürokratie,...). Der gewerkschaftliche Erfolg der CNT wurde von der Polizei unterdrückt (wie beim Fall „Scala“ im Jahr 1978) und zusammen mit Kampagnen des Totschweigens und der Lügenpropaganda in den Medien hatte dies zerstörerische Folgen für die Arbeiterbewegung im Land.

Die Schwächung der anarchosyndikalistischen Aktivitäten innerhalb der Arbeiterbewegung haben den Verlust von Rechten ermöglicht, die durch lange und harte Gewerkschaftskämpfe erreicht worden waren. Die Deregulierung und Prekarisierung der Arbeit wurde ermöglicht durch die schlimmste Korruption, die das Land heimsucht: die Gewerkschaftskorruption. Es handelt sich dabei um eine schleichende, offizielle Korruption, die die Gewerkschaftsbewegung in den Augen der Arbeiter/innen pervertiert.

Doch sie wird grundsätzlich von allen institutionalisierten Gewerkschaften begangen, wie der [staatssozialistischen] CC.OO und der [sozialdemokratischen] UGT. Beide Yuppie-Gewerkschaften kassieren Millionen Euro an Fördermitteln vom Staat und von Unternehmen, die sie für ihren Verrat bezahlen. Daher akzeptieren diese Gewerkschaften alle Maßnahmen, die zur Verteidigung des Kapitals und seiner gesteigerten Gewinnanhäufung nötig sind: Zeitarbeit, Arbeitsmarktreformen, Aufhebung des Kündigungsschutzes,...

Trotz alledem sind weiterhin tausende Arbeiter/innen in der eigentlichen Arbeiterorganisation aktiv, die wir CNT nennen, und die ausschließlich aus unseren eigenen Mitteln aufrechterhalten wird. Das macht sie zu einem lebendigen Beispiel für klassenbewusste Gewerkschaften, die in der Lage sind Widerstand zu leisten gegen Unterdrückung, gesellschaftliche Kontrolle, ökologische Zerstörung des Planeten und alle Aspekte, die dem Kapitalismus innewohnen.

Das Jahr 2010 hat für uns eine besondere Bedeutung, denn es markiert hundert Jahre Existenz der CNT. Es ist eine Jahrhundertfeier für die Menschen und für den unschätzbar wertvollen Kampf von Tausenden, die im Laufe dieser hundert Jahre mit einem hervorragenden Werkzeug ausgestattet waren, dessen Beispiel die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt folgen möge. Ihre eigene Kultur, die Möglichkeiten zur Selbstorganisation, die populäre Verbreitung des radikalen Kampfes und der revolutionären Errungenschaften stehen für den Aufbau einer antiautoritären und solidarischen Gesellschaft.

Diese hohen Ideale bilden den Anlass, zu dem wir euch hier und heute einladen möchten!

http://www.cnt.es



Quelle:
http://internationalworkersassociation.blogspot.com/2010/10/centenary-of-cnt-1910-2010.html

Übersetzung: Anarchosyndikat Köln/Bonn,
http://anarchosyndikalismus.org

Was ist eine Vollversammlung?

Definition:
Als „Vollversammlung“ (VV) bezeichnen wir punktuelle, demokratische und entscheidungsfähige Treffen von Arbeiter/innen [Schüler/innen, Student/innen,...], die sich hier und jetzt anlässlich eines Themas zusammenfinden. Die Themen können unterschiedlich sein, je nachdem, ob sie von einer Gewerkschaft, einer Konföderation oder von einer sozialen Bewegung kommen. Zu keinem Zeitpunkt nehmen diese Arbeiter/innen als Delegierte teil: Es wird in der Vollversammlung prinzipiell pro Kopf abgestimmt.

Typen:
Es gibt verschiedenen Arten der VV
- Vollversammlung einer Einzelgewerkschaft
- Vollversammlung eines Gewerkschaftsbündnisses
- Vollversammlung von streikenden Arbeiter/innen [oder Student/innen, usw.]

Außerdem können die Versammlungen nur aus einzelnen Berufsgruppen bestehen oder berufsübergreifend sein.

Ablauf der Vollversammlung

- Die VV ist demokratisch und allen wird ein Rederecht garantiert. Die Redeliste wird gleichberechtigt aufgeteilt nach Zeit und Diskussionsthema, wobei ein/e Moderator/in das Mandat dazu erteilt bekommt.

- Der Redebeitrag muss ausserdem zur Tagesordnung passen, die zu Beginn der Versammlung festgelegt wurde und darf keine verschiedenen Punkte zur Abstimmung enthalten.

- Die Vollversammlung ist beschlussfähig und die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen. Über diese Beschlüsse wird nicht erneut abgestimmt, sondern weiter nach der Tagesordnung vorgegangen.

Die Vollversammlung findet regelmäßig statt und es wird von eine/r zuvor benannten Schriftführer/in ein Protokoll erstellt, worin die Diskussionen und Beschlüsse festgehalten und verbreitet werden. Die Versammlung beschließt den Termin und Ort des nächsten Treffens.



Gefahren für die Vollversammlung

Vereinnahmung der Diskussion:
Die VV wird undemokratisch. Der klassische Fall sind Gewerkschaftsvertreter/innen [oder Politiker/innen], die ihre Autorität nutzen, um die Rolle der Moderation zu übernehmen, in der Diskussion auf alles antworten oder systematisch ihre Ansichten äußern. Ein andere Möglichkeit ist, dass ein/e Teilnehmer/in im Saal das Reden für sich monopolisiert oder andauernd dazwischenredet.

Beeinflussung der Diskussion:
Die Tagesordnung wird nicht anerkannt. Sobald die Diskussion in Richtung einer direkten Aktion oder eines unbefristeten Streiks geht, wird die Tagesordnung durchbrochen und durcheinander gebracht. Dadurch soll eine eindeutige Entscheidung gestört und das Thema der gesamten Versammlung fehlgeleitet werden. Besonders wenn es darum geht: „Was tun? Und wie?“

Undemokratische Versammlung:
Die Abstimmung wird nicht respektiert. Es wird gegen die Tagesordnung verstoßen und über einn bestehendes Ergebnis nochmal ein Beschluss herbeigeführt, um die Abstimmenden zu ermüden. Oft geschieht diese Manipulation zum Ende der Versammlung, um ihre Eindeutigkeit und Entschlossenheit zu zerstören.

Unwirksame Versammlung:
Die Versammlung bleibt trotz aller Ergebnisse folgenlos. Oft wird eine Vollversammlung der Streikenden nur einberufen, um der Wut der Arbeiter/innen einen Raum zu geben. Dadurch wird ihr Aufstand neutralisiert und ihr Wille zu direkten Aktionen in hohle Parolen umgewandelt.

Aufgepasst!

In einer Vollversammlung gibt es alle diese Möglichkeiten, um sie zu vereinnahmen, zu beeinflussen und unwirksam zu machen. Auf jeden Fall ist es wichtig, dass diese genannten Verstöße offen angeklagt werden, denn sie sind eine unvermeidbare Bedrohung für unsere Aktivitäten, unsere Ziele und Beschlüsse - für unseren Grund zu streiken!

„Die Befreiung der Arbeiter/innen
wird das Werk der Arbeiter/innen selbst sein!“

Syndicat Interprofessionel Anarchosyndicaliste (CNT-IAA),
http://sia32.lautre.net

Übersetzung und Anmerkungen: Anarchosyndikat Köln/Bonn,
http://anarchosyndikalismus.org

Tendenz zur Rezession

Eine Geschiche über Aufschwung, Krise und das alte Übel Kapitalismus

Während die globale Wirtschaft tiefer in die Krise stürzt, sind überall Leute bedroht von Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung, Preissteigerung und Wohnungspfändung. Dieselben Regierungen, die seit Jahrzehnten die ungezügelten Kräfte des Marktes gepriesen hatten, haben nun eine größtmögliche Wende gemacht. Stattdessen haben sie nun Milliarden von Steuergeldern dafür ausgegeben, um die kränkelnden Finanzinstitutionen zu retten.

Sie sagen, das sei nötig gewesen, um einen kompletten Zusammenbruch der Wirtschaft im Stil der 1930er Jahre zu verhindern. Doch noch bevor der ganze Schrecken der Krise sich ausbreitete, haben einige Spekulant/innen und Hedge-Fonds-Manager/innen, die mit dem Chaos ihr Spiel getrieben hatten, das schon Geld abkassiert und waren am Ende des Tages bereits verschwunden.

Man sagt uns, dass die jüngste Finanzkrise ausgelöst wurde durch eine Kombination aus Anhäufung unerfüllbarer Schulden, gierigen Bänker/innen und dem Zusammenbruch des US-amerikanischen Marktes für Hypothekendarlehen. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Denn, wie immer mehr Leuten bewusst wird, sind die Kreisläufe (Zyklen) von Aufschwung und Krise ein wesentlicher Bestandteil des Kapitalismus selbst.

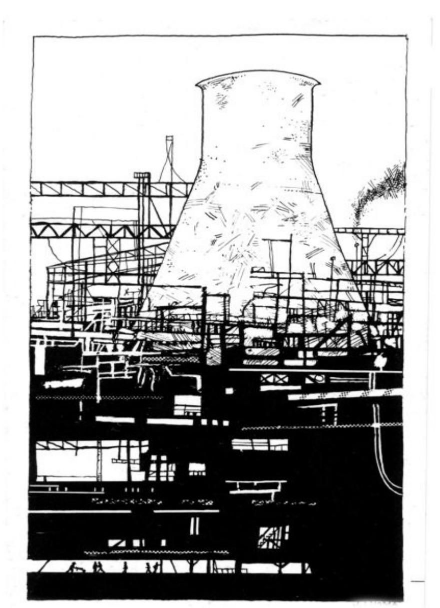
Marx hatte (teilweise) recht

Grundsätzlich ist der Kapitalismus voller Widersprüche, wie bereits Karl Marx aufgezeigt hatte. In „Das Kapital“ beschrieb er 1867, dass eine kleine Minderheit (das Bürgertum) die Produktionsmittel besitzt und kontrolliert: Fabriken, Äcker und Werkstätten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (das Proletariat) muss hingegen ihre Arbeitskraft verkaufen, um überleben zu können. Im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus wurden diese grundsätzlichen Klassenunterschiede immer komplexer, aber sie sind nie verschwunden.

Jedenfalls wird der gesellschaftliche Wohlstand nicht von Spekulant/innen, Finanziers und Bänker/innen produziert, sondern von der Leistung der Arbeiterschaft – wie schon im 19. Jahrhundert. Die Gewinne entstehen dadurch, dass die Kapitalist/innen einen Teil dieses Wohlstands stehlen. Der Unterschied zwischen dem von Arbeiter/innen hergestellten Wert des Produktes (oder der Dienstleistung) einerseits und andererseits dem Lohn, den sie dafür ausgezahlt bekommen, ist der Mehrwert. Dieser geht dann als Gewinn an die Kapitalist/innen.

Die Fabrikbesitzer/innen können diese ausbeuterische Beziehung nur deshalb aufrecht erhalten, so argumentierte schon Marx und seine anarchistischen Zeitgenoss/innen, weil die Regierung ihre Interessen verteidigt. Dies wird erreicht durch eine Kombination aus „fabriziertem Konsens“ (wie es der amerikanische „Demokrat“ Walter Lippmann in den 1960er Jahren nannte) und der Drohung oder dem Einsatz von brutaler Gewalt, falls dieser Konsens versagt.

Marx untersuchte die Tendenz des Kapitalismus sich durch die Wiederholung von Auschwung und Niedergang weiterzuentwickeln. Er stellte fest, dass der Kapitalismus auf der Grundlage von Warenproduktion für den Markt funktioniert. Diese Produktion findet aber nicht für die Bedürfnisse aller Menschen statt, sondern ausschließlich zur Maximierung des Gewinns. Die Profitrate ist dabei abhängig davon, ob die herrschende Klasse die Löhne niedrig hält, die Arbeitsbedingungen verschlechtert und in Technologien investiert, um die Wirtschaftsleistung (Produktivität) noch zu steigern.



Trotzdem führt der Wettbewerb dazu, dass die miteinander konkurrierenden Kapitalist/innen immer mehr Güter produzieren lassen, um noch höhere Gewinne heraus zu pressen. Das kann aber zu einer „Überproduktionskrise“ führen. Es werden dabei mehr Waren produziert als überhaupt verkauft werden können, was Firmenpleiten und

Entlassung von Arbeiter/innen zur Folge hat. Durch die daraus folgende Unsicherheit geht das Wirtschaftswachstum zurück, da die Konsument/innen nun weniger Geld zum Ausgeben haben, die Banken ihnen Kredite verweigern und neue Ausgaben (Investitionen) gestrichen werden.
Sowohl die Geldentwertung steigt (Inflation), als auch die Preise. Kleine Firmen oder Banken gehen Pleite oder werden von größeren übernommen, die dann den Markt bestimmen können (Monopol). Das Bankgewerbe und die Flugzeugindustrie sind jüngste Beispiele dafür.

Um aus der folgenden Wirtschaftskrise heraus zu kommen, werden unbenötige Produktionsmöglichkeiten abgebaut. Gelagerte Güter werden entweder billig auf den Markt geworfen oder komplett als Verlust abgeschrieben. Denn es werden keine neuen Investitionen getätigt, solange es noch die Überproduktion gibt. Die Profitraten müssen daher erhöht werden indem man Löhne und Zinsen senkt.



Jede Krise prdoduziert dadurch die Bedingungen für zukünftiges Wirtschaftswachstum, welches unvermeidlich die nächsten Krise hervorbringt. Diese dauernde Unsicherheit ist der natürliche Kreislauf des Kapitalismus und auch ein Auslöser von Kriegen zwischen konkurrierenden Staaten.

Obwohl die Arbeiter/innen die produktiven Möglichkeiten haben, für jede/n auf der Welt einen angenehmen Lebensstandart zu ermöglichen, so ist dies nicht im Interesse der herrschenden Klasse. Nur ein ganz anderes System – der Sozialismus – könnte das verwirklichen. Marx hatte festgestellt, dass die herrschende Klasse ihre Stellung niemals freiwillig aufgeben würde. Daher sei eine Revolution der Massen nötig, die von einer Übergangszeit der „Diktatur des Proletariats“ gefolgt würde. Diese solle verhindern, dass die herrschende Klasse wieder an die Macht käme.

Nach Ansicht von Marx würden sich Sozialismus und Arbeiterselbstverwaltung schließlich durchsetzen, der Staat würde überflüssig werden und daher „absterben“. Diese letzten Punkte sind jedoch höchst umstritten und zeigen einen klaren Unterschied zwischen den beiden Traditionen der sozialistischen Idee: der autoritären und der anti-autoritären, freiheitlichen Tradition.

Das schlechte Beispiel des Marxismus

Die Unfähigkeit der nachfolgenden Revolutionen den Sozialismus einzuführen war eine Folge der zentralistischen und autoritären Strömungen. Diese wurden von Leuten wie Lenin, Trotzky, Stalin und Mao vertreten, die ihnen zum Aufstieg verhalfen. Aber in der Praxis hatten sie nur die Diktatur der Partei zur Folge, den staatlich betriebenen Kapitalismus und eine neue Form der Klassenherrschaft. Genau das hatten freiheitliche (libertäre) Denker, wie Michail Bakunin und Errico Malatesta treffend vorhergesagt.
Ungezählte erfolgreiche Bewegungen auf der Grundlage freiheitlicher Prinzipien wurden brutal von den angeblichen „Arbeiterstaaten“ zerschlagen, weil sie „konterrevolutionär“ gewesen seien. Darunter sind Kronstadt (1921), Spanien (1936/37) und Ungarn (1956) die bekanntesten Beispiele, wobei aber auch Cuba unter Castro zu nennen ist. Dass es Marx an einem Verständnis von Macht als ein selbsterhaltendes System in sich mangelte, führte zu einem katastrophalen Versehen.

Die Amtshandlungen der verschiedenen selbsternannten, linken Avantgarden an der Macht hat der Glaubwürdigkeit der sozialistischen Ideen unendlichen Schaden zugefügt. Diese Tatsache an sich verneint jedoch nicht die Notwendigkeit eines grundlegenden gesellschaftlichen Wechsels. Aber sie zeigt auf, wie wichtig der freiheitliche Ansatz und die Form der Organisation sind.

Zunächst einmal sind die Libertären nicht gegen Organisation – nur gegen die autoritäre. Im Gegensatz zu den Autoritären sind ihre Ziele: wirkliche, direkte Demokratie, Selbstverwaltung und Solidarität. Die libertäre Organisation hat freie Zusammenschlüsse (Föderationen) zur Grundlage, die von Unten her aufgebaut werden anstatt von Oben. Darüber hinaus sind die Libertären gegen alle Verhältnisse, die auf Macht aufbauen - nicht nur Klassenverhältnisse. Und sie versuchen die Bausteine für die Zukunft bereits im Hier und Jetzt zu schaffen.

Das Entscheidende ist, wie die Internationale Arbeiter/innen-Assoziation betont, dass die Befreiung der Arbeiter/innen ihre eigene

Aufgabe ist. Und nicht die von selbsternannten Führer/innen, Parteien oder Vermittler/innen. Wie die Erfahrung zeigt, kann der Sozialismus nicht mit den Methoden des Kapitalismus oder durch autoritäre und zentralistische Organisationen aufgebaut werden.

Trotz dieser Widersprüche bieten die Schriften von Marx weiterhin eine passende Erklärung für den unbarmherzigen Kreislauf von Wirtschaftsaufschwung und Krise, an dem der Kapitalismus leidet. Das Elend als Folge von wirtschaftlichem Wettbewerb und der Gier von Wenigen ist heute überall um uns herum sichtbar. Doch die vielen Widersprüche, die aus dem Kapitalismus entstehen – von Armut bis globale Erwärmung – könnten auch die Mechanismen sein, die ihn schließlich zu Fall bringen werden.

Aus: **Direct Action**, No. 45, Winter 2009
(Zeitung der **Solidarity Federation - Internationale Arbeiter/innen-Assoziation**,http://www.solfed.org.uk, http://www.iwa-ait.org)

Übersetzung:
Anarchosyndikat Köln/Bonn



Bildung für alle!

Michael Bakunin: „Die vollständige Ausbildung“

Das Problem der menschlichen Gesellschaft - auch noch im 21. Jahrhundert - sind die ungleichen Aus-/Bildungschancen. Bildung können fast nur die Reichen erlangen, wodurch die *"vollständige Ausbildung"* der Armen verhindert wird. Diese Ungleichheit verstärkt in der kapitalistischen Klassengesellschaft die soziale Spaltung und Ungerechtigkeit. Sie verhindert dadurch die Gleichberechtigung aller Menschen.

Wissen ist Macht – und unter diesen Verhältnissen wird Macht missbraucht für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Ungleichheit. Wissen dient nur der *"Teilung in eine Masse von Sklaven und eine kleine Zahl von Herrschenden"*.*

Der herrschaftslose Sozialist Michael Bakunin schrieb dazu bereits 1869, dass die Anarchist/innen (damals *"sozialistische Demokraten"* genannt) für die klassenlose Gesellschaft kämpfen und damit für den uneingeschränkten Zugang zu Bildung - für alle. Im Gegensatz dazu fordern die "bürgerlichen Sozialisten" - also die heutigen Sozialdemokrat/innen - nur ein bischen mehr Bildung als vorher. Damit wollen sie die bestehende marktwirtschaftliche Ordnung und ihre Teilnahme daran erhalten und höchstens die allergrößten Übel oberflächlich abmildern, *"versüßen, verzieren"*.

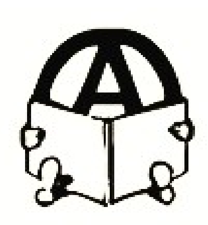
Zu dieser herrschenden Ordnung werden sich aber Anarchist/innen immer in grundsätzlichem Widerspruch befinden, ebenso wie es daher auch keine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Sozialist/innen geben kann, deren *"Dummheit sich in den Schulen wissenschaftlich bildete, während ihn die Arbeit des Arbeiters bekleidete, nährte, ihm Unterkunft und alles zu seiner Ausbildung nötige, Lehrer und Bücher, verschaffte."*

Nun sagen diese aber, dass die Wissenschaftler/innen doch für das Wohl von allen arbeite, *"nicht nur für sich. Ihre wissenschaftlichen Entdeckungen, außer dass sie den menschlichen Geist erweitern, verbessern sie nicht die Industrie, den Ackerbau, und im Allgemeinen das politische und soziale Leben? Veredeln ihre künstlerischen*

Schöpfungen nicht das Leben Aller? Aber nein, keineswegs. Und der größte Vorwurf, den wir der Wissenschaft und den Künsten zu machen haben, ist gerade der, dass sie ihre Wohltaten nicht verbreiten und ihren Einfluss nur auf einen sehr geringen Teil der Gesellschaft ausüben, mit Ausschluss und [...] zum Schaden der ungeheuren Mehrzahl".

Die ungeheuren Fortschritte der Wissenschaft haben, genau wie die Entwicklung der Wirtschaft, einen großen Reichtum in den "zivilisiertesten" Ländern der modernen Welt hervorgebracht

"Dieser Reichtum ist ganz exklusiv und im Begriff, dies immer mehr zu werden, indem er sich in einer immer kleineren Zahl von Händen konzentriert und die unteren Lagen der Mittelklasse, die kleine Bourgeoisie, ins Proletariat wirft, so dass die Entwicklung in direktem Verhältnis zum wachsenden Elend der Massen steht."



„Das Kleinbürgertum, das heute mit der Mittelklasse nur durch eine lächerliche Eitelkeit einerseits und durch seine Abhängigkeit von den großen Kapitalisten andererseits verbunden ist, befindet sich in einer noch elenderen und viel erniedrigenderen Lage" als das Proletariat. Wenn die oft genauso armen Kleinbürger/innen ein bisschen mehr Herz und Verstand hätten, würden sie nicht zögern, sich dem *„Kampf gegen die große und mittlere Bourgeoisie anzuschließen."*
Bakunin konnte sich damals (1869) kaum vorstellen, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Kapitalismus noch mehr als zehn Jahre so weitergehen könne. Denn allen, denen *"Menschenwürde und Gerechtigkeit, das heisst die Freiheit eines jeden in und durch die Gleichheit aller sowie die Befreiung der Arbeit am Herzen"* liegen, müsste doch auffallen, dass Wissenschaft und Technik unter der Kontrolle des Staates stehen und ein wichtiger Teil seiner Machtbasis sind.

Wissenschaft und Technik dienen *"mit all ihren zur Vollendung gebrachten Waffen und diesen furchtbaren Zerstörungswerkzeugen den Militärstrategen zur Verzehnfachung der Offensiv- und Defensivkraft der Staaten"*

All die Maschinen und auch die Telegraphen (= Fernmelder) könnten die Befreiung von allen Menschen hervorbringen. Doch *"die Telegraphen verwandeln jede Regierung in einen hundert- und tausendarmigen Briarcus"* (den Riesen aus der griechischen Sagenwelt) und den Medien der Regierung *"die Macht, überall anwesend zu sein, zu handeln und zuzugreifen. Durch diese Erfindungen werden die furchtbarsten politischen Zentralisationen geschaffen, die je auf Erden existieren mögen."*

Aber - so mag der Einwand kommen - die Massen hätten doch auch profitiert von der immer rasanteren Entwicklung des Fortschritts, auch sozial... Nein, im Gegenteil. Die Gewinne der Unternehmen steigen immer weiter, während die soziale Ungerechtigkeit weltweit immer größer wird. Diese Technologie hat nur neue Abhängigkeiten geschaffen: vom Weltmarkt, von der Energieversorgung, von der HighTech-Medizin und den Patenten auf Nahrung und Wissen.

„In der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung resultierten die Fortschritte der Wissenschaft aus der Unwissenheit des Proletariats, ebenso wie die Fortschritte der Industrie und des Handels die Ursache seines Elends waren. Geistige und materielle Fortschritte trugen also in gleicher Weise zur Vermehrung seiner Knechtschaft bei. Was ergibt sich daraus?"

Verwerfen und bekämpfen wir diese bestehende, a-soziale Wirtschaftsordnung!

Solange die Bildung nicht frei zugänglich und für alle gleichwertig ist, also *"solange es mehrere Bildungsgrade für die verschiedenen Gesellschaftsschichten gibt"*, wird es auch unterschiedliche Klassen geben. Das heisst: wirtschaftliche und politische Vorrechte für Wenige und Elend für die Mehrzahl der Menschen auf der Welt.

Als libertäre, also freiheitliche Gewerkschafter/innen kämpfen wir - in den Traditionen des 19. und 20. Jahrhunderts - mit den erprobten Direkten Aktionen des Anarchosyndikalismus (Aufklärung, Protest, Boykott, Streik,...) für die Freiheit und Gleichheit aller Menschen mit oder ohne Erwerbsarbeit. Darum wollen wir auch vollständige und gleiche Bildungschancen für alle!

Dazu Bakunin: Wir leben in *„der gegenwärtigen Gesellschaft, wo Hand- und Kopfarbeit beide gleich verfälscht sind durch die komplett*

künstliche Isolierung, zu der man beide verurteilt hat. Aber wir sind überzeugt, dass in einem lebendigen und vollständigen Menschen beide entwickelt sein müssen, und dass in einem lebendigen und vollständigen Menschen beide Tätigkeiten, die der Muskeln und der Nerven, in gleicher Weise entwickelt sein müssen, und dass [...] jede die andere unterstützen, erweitern und verstärken wird [...]. Die Arbeit des Wissenschaftlers [...] und des gebildeten Arbeiters werden intelligenter“.



Daraus folgt, dass es nicht mehr bloß *"Arbeiter und Gelehrte geben darf, sondern nur Menschen.“* Nur dann wird der Nutzen aller "Arbeit" genannten Tätigkeiten - die nun einmal die Grundlage der menschlichen Gesellschaft darstellen - auch für alle da sein. Erst durch freie Bildung und selbstbestimmte Arbeit kann man *„wirklich mit der ganzen Welt solidarisch sein“*.

In der Übergangsphase nach der vor uns liegenden großen sozialen Krise, welche ein Auslöser für den Prozess der sozialen Revolution sein kann, werden die hohe Kultur, die feinen Genüsse und gewisse wissenschaftliche und technische Spitzenleistungen vorerst einen Dämpfer bekommen. Letztendlich aber werden sie der *„Veredelung des Lebens aller“* dienen.

Es soll keine Eliten mehr geben,
aber dafür auch weniger Unwissenheit!“

Dafür *"werden Millionen von Menschen, die heute herabgewürdigt und erdrückt werden, [endlich] wie Menschen auf der Erde leben.*
Halbgötter und Sklaven werden gleichzeitig zu Menschen werden.“

Das Hauptargument der Bürger/innen, die eine Klassengesellschaft befürworten, gegen eine 'Bildung für alle' lautet immernoch: Die Menschen seien eben nicht gleichermaßen bildungsfähig oder "intelligent" und auch in einer gleichen und freien Gesellschaft würde es unter den Menschen unendliche Unterschiede an "natürlichen" Neigungen und Anlagen geben.

Schon der letzte Teil dieser Behauptung wäre kein Argument gegen, sondern für gleiche Bildung, denn dann werden die "dummen" Reichen nicht mehr mit höchstem Leistungsdruck durch die Gymnasien gejagt und "schlaue" Arme müssten nicht mehr nur die mangelhafte (Aus-)Bildung, Perspektivlosigkeit und Armut ihrer Eltern "erben".

Ausserdem gibt es bis heute keine Studien, welche das Märchen der "Begabung" wissenschaftlich überzeugend stützen würden. Dort, wo dies behauptet wird, wie von der rechten Sozialwissenschaft (die das mit der biologistischen "Glocken-Kurve" ungleicher Intelligenzverteilung begründet), beruhen sie auf rassistischen oder klassenpolitischen Motiven für diese Ungleichheit. Wenn solche Leute dann noch von persönlichen Rechten und Freiheit innerhalb des Kapitalismus reden, kann die Heuchlerei kaum größer sein. Das ist einfach Betrug.

Der Ausgangspunkt für die persönliche Entwicklung, und somit auch für die persönlichen Freiheiten, ist und bleibt die Gleichheit im Sinne einer Gleichwertigkeit. Dabei ist die Solidarität im Vergleich zur Einzigartigkeit der ungleich höhere Wert für die Menschheit. Ebenso wie die Verschiedenheit der Menschen ihr größter Reichtum ist, ist sie auch Grundlage der Solidarität, da sich so alle Schwächen und Stärken ausgleichen und ergänzen.

Verschiedenheit ist also sowohl Ursache und Hauptargument für das solidarische Streben nach Gleichheit und Freiheit

Solidarität ist nicht das Produkt, sondern der Ursprung der menschlichen Art, da sich die Persönlichkeit nur in Gesellschaft entwickeln kann. Sie ist auch ein Mittel gegen die Vereinzelung (in "Freiheit" ebenso wie im Gefängnis), die tödlich sein kann. Es geht also darum, die zukünftige Gesellschaft auf der Grundlage der größtmöglichen Freiheit für die Gleichheit aller zu organisieren, *"damit man nie mehr die Rückfälle in die Diktatur und den despotischen [= unterdrückerischen] Ehrgeiz fürchten muss.*"

Ausserdem kritisierte Bakunin die frühe Einteilung der Kinder nach ihrer Leistungsfähigkeit, wie sie auch heute noch im deutschen Schulsystem aufs Härteste praktiziert wird durch die Unterteilung in Gymnasium, Realschule, Hauptschule und Sonderschule. Und das, obwohl die Fähigkeiten und Fertigkeiten der meisten Menschen erst spät - meist erst im Erwachsenenalter - zu Tage treten. Ausserdem ist diese Auswahl nach Leistungsfähigkeit die Hauptursache für gesellschaftliche Ausgrenzung und die Festigung der Klassentrennung in Arme, weniger Arme und Reiche.

"Hieraus ergibt sich, dass die Gesellschaft (ohne den wirklichen oder angenommenen Unterschied der Neigungen und Fähigkeiten in Betracht zu ziehen), [...] allen ohne Ausnahme eine absolut gleiche Erziehung und Ausbildung schuldig ist."

Der Unterricht muss auf allen Stufen gleich sein, damit alle auf die gleiche Weise vollständige Menschen werden können

In Zukunft sollte die Grundlage der Bildung die Kenntnis der Natur sein, die Gesellschaftswissenschaft (Soziologie) wäre dann ihr Höhepunkt:
" - da wir aufrichtige Anhänger der persönlichen Freiheit sind,
- da wir im Namen dieser Freiheit von ganzem Herzen das [unmenschliche] Autoritätsprinzip [...] verabscheuen,
- da wir mit der ganzen Tiefe unserer Liebe für die Freiheit die väterliche Autorität wie die Autorität des Schulmeisters verabscheuen,
- da wir beide als gleich demoralisierend und verhängnisvoll erachten und die tägliche Erfahrung uns lehrt, dass der Familienvater und der Schulmeister (trotz oder wegen ihrer vermeintlichen Weisheit) sich über die Fähigkeiten ihrer Kinder noch leichter irren als die Kinder selbst, und - da [...] jeder, der herrscht [...] seine Macht missbrauchen wird, und weil schließlich die vom Despotismus begangenen Fehler immer verhängnisvoller und schwerer wieder gut zu machen sind als die in Freiheit begangenen Fehler,

aus diesen Gründen halten wir voll und ganz gegen alle offiziellen, offiziösen, väterlichen und pedantischen Bevormunder, die es gibt, die Freiheit der Kinder [...] aufrecht. [...] Denn, wenn sie sich irren, wird es eine wirksame Lehre sein". Denn ein Mensch wird schlauer *"nur durch eigene, selbst gemachte Erfahrungen, nie durch die Erfahrungen anderer"*.

Die herrschende Moral ist zutiefst unmoralisch, da sie auf dem Respekt vor Autorität und somit der Verachtung der menschlichen Freiheit und Würde gründet. Sie führt zwangsläufig zu einer Politik, die nur denen Rechte zuerkennt, die durch ihre Stellung wirtschaftlich sowieso bevorzugt sind.



Die menschliche Moral dagegen gründet sich auf den Respekt der Freiheit und der Menschheit sowie auf die Verachtung der Autorität

"Die Erziehung der Kinder nimmt als Ausgangspunkt die Autorität und soll schrittweise zur vollständigen Freiheit führen." Das war zwar schon 1869 nicht sinnvoll, aber wird leider auch im 21. Jahrhundert noch immer gezielt angewendet. Wir jedoch verstehen unter Freiheit die volle Entwicklung aller menschlichen Fähigkeiten. Die Menschen waren, sind und werden nie frei sein von den (eigentlich zusammen gehörenden) natürlichen und gesellschaftlichen Gesetzen, denn sie sind beide unsere Lebensgrundlage. Die herrschenden Sozialgesetze gründen leider zumeist in politischen Gesetzen der bevorzugten Klassen und somit auf Autorität, Willkür und Ausbeutung - der Quelle allen Übels. Und nicht auf der Solidarität der Menschen miteinander und untereinander.

„Die Summe der herrschenden sozialen Einflüsse [...] heißt öffentliche Meinung. Und wer kennt nicht ihre allmächtige Wirkung auf die Menschen? Die Wirkung der schlimmsten Unterdrückungsgesetze ist nichts dagegen im Vergleich zu ihr. Sie ist der wichtigste Faktor für das Werden der Menschen". Daraus folgt, dass wir vor allem die Gesellschaft, die öffentliche Meinung und das öffentliche Wissen und Gewissen selbst menschlich gestalten müssen.

Für eine Gesellschaft ohne Herrschaft und Ausbeutung!

* Alle Zitate wurden dem Text "Die vollständige Ausbildung" von Michail Bakunin entnommen
(Erstveröffentlichung in "Egalité", Nummer 1, Juli/August 1869)

Mehr Infos über freie Bildung auf
http://anarchosyndikalismus.org/bildung



Prekäre Arbeit, Selbstverwaltung und Kooperativen



Internationale Gewerkschaftskonferenz in Spanien

Vom 13.-15. August 2010 fand in „La Vecilla“ in Leon (Spanien) eine Konferenz der Internationalen Arbeiter/innen-Assoziation (IAA) unter dem Motto „Prekäre Arbeit, Selbstverwaltung und Kooperativen“ statt.

Über hundert Arbeiter/innen verschiedenen Alters und aus unterschiedlichen Ländern nahmen daran teil, so auch das IAA-Sekretariat von der NSF aus Norwegen. Es waren ausserdem Genoss/innen anwesend von der polnischen ZSP, der slowakischen PA, der KRAS aus Russland, der USI aus Italien.

Auch von der britischen SolFed, der FAU aus Deutschland, der französischen und der spanischen CNT, sowie der portugiesischen SP waren Anarchosyndikalist/innen angereist. Später kamen noch Genoss/innen aus Peru von der Zeitschrift „Humanidad“ als Gäste dazu, die leider Visa-Probleme hatten. Auch aus Kroatien kamen Gäste der Gewerkschaft MASA. Außerdem wurde eine Grußbotschaft von den argentinischen Genoss/innen der FORA verlesen.

Die lokale CNT hat die Organisation auf dem Campingplatz „La Vecilla“ wunderbar hinbekommen. Zwischen den Genoss/innen aus aller Welt gab es eine außergewöhnliche Atmosphäre, denn schließlich ist unsere Heimat die Erde und unsere Familie ist die ganze Menschheit.

Die Konferenz war selbstverwaltet und alle haben sich an den Aktivitäten und an der Infrastruktur beteiligt. Die Leute unterhielten sich problemlos und gleichberechtigt auf Französisch, Englisch, Deutsch, Italienisch, Russisch und sogar auf Galizisch-Portugiesisch oder Esperanto.

Nachdem der IAA-Sekretär aus Norwegen als Vorsitzender gewählt worden war, sprachen die Leute aus den unterschiedlichen Gewerkschaftsverbänden. Zunächst berichtet ein Genosse der polnischen ZSP, welche durch mehrere vorbildliche Aktionen in den drei Jahren seit ihrer Gründung auf über 50 Mitglieder angewachsen ist.



In Polen gibt es eine höchst unsichere Lage auf dem Arbeitsmarkt, welche größtenteils vergleichbar ist mit der Situation, wie sie die Genoss/innen der Priama Akcia aus der Slowakei später darstellten.

Die Genoss/innen aus Russland beschrieben ihre Situation ähnlich bedenklich, wie in anderen osteuropäischen Ländern. Dies wurde auch am Beispiel der illegalen Migrant/innen deutlich, die in der Bauindustrie arbeiten. Ihr Leben wird ständig von Neonazis und der Polizei bedroht, sobald sie die Baustellen verlassen und eine Organisierung am Arbeitsplatz bedeutet das Risiko von Festnahme und staatlicher Abschiebung oder auch gewaltsamer Bestrafung durch die Baumafia.

Die italienische USI hingegen berichtete, dass in dem südeuropäischen Land seit 1993 die Arbeitsrechte mit Unterstützung der offiziellen Gewerkschaften massiv eingeschränkt wurden. Es gibt immer mehr Leiharbeitsagenturen, die die Löhne nach unten drücken. Außerdem berichtete die Delegation über eine direkte Aktion, die sie im Arbeitskampf gegen die Möbelhauskette IKEA durchgeführt hatte.

Ein Mitglied der portugiesischen IAA-Sektion berichtete dann über ein Gesetz, das seit dem 1. August 2010 den Arbeiter/innen in verstaatlichten Betrieben weniger Rechte zugesteht. Ein Mitglied der Solidarity Federation beschrieb zudem, wie über die letzten 20 Jahre durch die Strategie des „flexiblen Marktes“ die Löhne auf der Insel niedrig gehalten wurden.

Der Genosse aus Norwegen erklärte daraufhin, wie dort die Rechte der Arbeiter/innen beschnitten werden, wobei es eine Arbeitslosenrate von 4% gibt, was für örtliche Verhältnisse recht hoch ist. Dann beschrieb die französische CNT die weiter steigende Arbeitslosigkeit bzw. Prekarität und wie sie versuchen die betroffenen Kolleg/innen zu organisieren. Die FAU aus Deutschland schließlich redete über die Arbeitsmarktreform, die steigende Prekarität im Gesundheits- und Verkehrswesen, sowie die Untätigkeit der reformistischen Gewerkschaften.

Zuletzt beschrieb der Delegierte der spanischen CNT, welche durch das Syndikat aus Granada vertreten war, in düsteren Bildern die Auswirkungen nach dem Zusammenbruch des Immobilien-Schwindels, der etwa 4 Millionen Leute arbeitslos gemacht hat.

Dann wurde der Iberischen Anarchistischen Föderation (FAI) das Podium überlassen, die hingegen einwarf, dass genau jene Wirtschaftsbedingungen überall auf der Welt gegeben sind und wir an diesen Problemen nur kleine Verbesserungen durchsetzen können. Daher ist die einzige umfassende Alternative die soziale Revolution, die gemeinsam mit allen Arbeiter/innen auf der ganzen Welt entwickelt werden muss.

Die Genoss/innen der Priama Akcia aus der Slowakei berichteten über ihre Lage und danach teilten die Delegierten der MASA aus Kroatien weitere konkrete Erfahrungen mit. Im Anschluss redete die Mitglieder der portugiesichen Sektion darüber, wie die Wirtschaftskrise den Übergang vom Konformismus zur Revolte und danach von der Revolte zur sozialen Revolution begünstige. Sie berichteten auch über die Bekleidungsfabrik Afonso in Arcos de Valdevez, die durch die dortigen Arbeiter/innen im Jahr 2005 für einen symbolischen Euro von ihrem deutschen Chef abgekauft wurde. Seitdem organisiert dort die Belegschaft von 40 Leuten die Produktion selbst.

Die ZSP aus Polen legte dar, dass sie viel mit prekär Beschäftigten (vor allem in der Gastronomie) zusammenarbeitet und eine Reihe von Konflikten durch direkte Aktionen gewinnen konnte. Auch die CNT Granada berichtete über zwei Arbeitskämpfe: bei der Hotelkette Vincci und beim Kurierdienst ASM.

Die CNT aus Zaragoza berichtete schließlich über Arbeitskämpfe bei der Leiharbeitsfirma Start People und bei der Fluggesellschaft Ryanair. Danach wurde von der russischen KRAS die sehr komplexe Situation dargestellt, dass jährlich zwei Millionen Arbeiter/innen nach Moskau kommen, aber nur 200.000 legal einreisen dürfen. Die meisten kämen aus den östlichen Republiken und ihre Lage ist dauerhaft unsicher, was

durch unkontrollierbare Mafiastrukturen und ständige Angst gekennzeichnet ist. Sie berichteten auch von einem Supermarkt in dem die Arbeiter/innen gestreikt hätten, wobei die Anarchosyndikalist/innen den Kampf unterstützt und öffentlich gemacht hatten. Die Polizei ist dann jedoch mit „Sicherheitsgesetzen“ gegen die Arbeiter/innen vorgegangen, denn die KRAS ist rechtlich nicht als Gewerkschaft anerkannt - was in Russland zur Zeit auch sehr schwerig ist.

Dann hat die FAU aus Deutschland ihren Bericht über den Arbeitskampf im Berliner Kino Babylon vorgelegt. Dabei ging es ebenfalls um Probleme, die sie mit der zeitweisen rechtlichen Aberkennung ihres Gewerkschaftsstatus hatte, aber auch um die internationale Solidarität mit der sie durch viele IAA-Mitglieder unterstützt wurde.

Später beschrieben die Delegieren der französischen CNT aus Pau ihre Organisierungsmethode der „Kommittees“. Diese Gruppierungen werden außerhalb der Gewerkschaft aufgebaut, um mit anderen aktiven Arbeiter/innen zusammenzuarbeiten, die ein tiefes Misstrauen gegenüber Gewerkschaften haben, welches sie anfangs auch auf die Anarchosyndikalist/innen übertragen.

Die beeindruckendste Aktion war die Besetzung der staatlichen Arbeitsagentur durch ein Arbeitslosenkommittee. Daran hatten sich auch einige Mütter beteiligt, die zum ersten Mal eine direkte Aktion durchgeführt haben und blieben bis die Polizei sie entfernte. Nachdem einzelne Kämpfe nachließen sind einige der aktivsten Mitglieder des Kommittees später der CNT beigetreten.

Am zweiten Tag der Konferenz hatte die polnische ZSP ein Papier zum Thema Einwanderung vorgelegt, das von den verschiedenen Delegierten mit großem Interesse diskutiert wurde. Auch zum Thema gemeinsamer internationaler Strategien gab es unterschiedliche Vorschläge der einzelnen Sektionen, wie die prekarisierten Arbeiter/innen organisiert werden können. Auch die Vor- und Nachteile, die mit Aktionen zu diesem Thema verbunden sind, wurden erörtert. Die Teilnehmer/innen präsentierten die jeweiligen Positionen und Mandate ihrer Sektionen und diskutierten anschließend daüber.

Die ZSP legte ausserdem den Fall eines polnischen Arbeitsmigranten dar, der von einer Leiharbeitsfirma in einem unsicheren Job in einem holländischen Hafen eingesetzt wurde. Nach einem Arbeitsunfall musste er 2.000 Euro Krankenhauskosten und die Rückreise aus eigener Tasche bezahlen. Er hatte vorher weder eine Sicherheitsunterweisung noch eine Krankenversicherung bekommen. Sogar der Name des Hafens, wo er arbeitete, war ihm nicht mitgeteilt worden.



Durch einige Detektivarbeit mit Hilfe von Internet und Luftbildern konnten die polnischen Anarchosyndikalist/innen den Hafen ausfindig machen. Dann organsierten sie gemeinsam mit der Anarchistischen Gruppe Amsterdam (AGA) Proteste bei der Firma in den Niederlanden und in Polen, die dem Leiharbeiter schließlich sein Geld zurückzahlte und in Zukunft bessere Arbeitsbedingungen zusagte.

Die spanische CNT berichtete danach vom Arbeiskampf beim Billigflieger Ryanair und den Problemen, die Gewerkschafts-aktivist/innen dort hatten. Ein CNT-Mitglied wurde gefeuert, nachdem er sich geweigert hatte eine Erklärung zum Austritt aus der Gewerkschaft zu unterzeichnen. Obwohl die CNT dieses Verfahren vor dem Arbeitsgericht gewonnen hat, wurde dadurch eine interne Debatte über Legalität, direkte Aktionen und erfolgreiche Organisierung gegen einen mächtigen multinationalen Konzern ausgelöst.

Am dritten Konferenztag stellte die italienische USI ihren Vorschlag zur Selbstverwaltung vor, der auf Solidarität und Klassenstolz beruht. Sie

hat auch ihre 30-jährige Erfahrung mit der Kooperative IRISBO dargelegt - eine der führenden Marken für ökologische Landwirtschaft, die Kontakt zur USI unterhält. Zudem informierte die portugiesische Sektion über eine Reihe von Erfahrungen mit Selbstverwaltung in Setúbal und Oporto. Im Anchluss diskutierten die Anwesenden grundsätzlich über Selbstorganisation und Kooperativen, wozu die italienische Sektion USI eingeladen hatte. Sie hatten im Vorfeld eine Beschreibung ihrer mutualistischen [auf gegenseitige Hilfe angelegten] Strategie vorgelegt. Dabei sollen Arbeiter/innen eigene Kooperativen aufbauen, was einen konkrete Weg der Vernetzung von Solidarität und gegenseitiger Hilfe darstellt. So soll eine Alternative zum Kapitalismus geformt werden, die diesen zunehmend ersetzen könne.



Diese Idee wurde von einem Teil des Bildungssyndikats der CNT Granada kritisiert, wobei sie hervorhob, vor allem nicht davon auszugehen, dass eine Zunahme der Kooperativen zu einer fortschreitender Ablösung des kapitalistischen Systems führen könne. Die Diskussion, welche dreisprachig übersetzt wurde, stellte sich als sehr kompliziert dar. Doch es war klar, dass viele Anwesende diese Skepsis gegenüber der Strategie von Selbstverwaltung unter kapitalistischen Bedingungen teilen - im Gegensatz zum Klassenkampf nach anarchosyndikalistischen Kriterien.

Im Anschluss gab die Zeitschrift La Humanidad einen Einblick in die aktuelle Situation und die historische Arbeiterbewegung in Peru, aber präsentierte auch ihre Publikation. Dabei wurde klar, dass sie dem Mutualismus näher stehen als dem freiheitlichen Kommunismus. Trotzdem haben sie eine klare Ausrichtung auf die Arbeiterbewegung und zeigen Interesse an der Organisierung von Arbeiter/innen zum Beispiel in der Textilindustrie.

Sie sind sich außerdem einiger Unzulänglichkeiten des Mutualismus bewusst, der von ihnen aber im Zusammenhang mit dem begrenzten Wohlfahrtsstaat und der weitverbreiteten informellen Wirtschaft in Peru gesehen wird. Dort ist die wirtschaftliche Selbstständigkeit für viele Leute Realität und Kooperativen sind - im Gegensatz zu einer revolutionären Strategie - ein praktisches Mittel um höhere Einkommen und öffentliche Dienstleistungen zu garantieren.

Am Nachmittag nach der Diskussion wurden dann die historischen Schützengräben von Vegarada besucht, wo die Genoss/innen der CNT während des Spanischen Bürgerkriegs (1936-39) gekämpft hatten. Im Anschluss daran wurde die Konferenz zum Leidwesen aller Teilnehmer/innen für beendet erklärt.

Die Delegation der britischen Solidarity Federation fasste schließlich zusammen: „Alles in allem haben wir das Gefühl einiges aus der Konferenz mitnehmen zu können. Wir haben viel gelernt und einige gute Kontakte geknüpft, besonders zu den Genoss/innen aus Osteuropa.

Viele Delegierte haben den Austausch von Erfahrungen und Ideen begrüßt und sagen, dass es Bedarf nach mehr davon gibt. Verschiedene konkrete Vorschläge bezüglich des Austauschs von Kenntnissen und erfolgreicher Praxis sind dabei herausgekommen.“

Übersetzung und Ergänzungen: Anarchosyndikat Köln/Bonn

Quellen:
http://cia.bzzz.net/iwa_conference_in_leon_spain,
http://elmilicianocnt-aitchiclana.blogspot.com/2010/08/conferencia-ait.html

Der spanische Originaltext beruht auf einem Text der CNT Galizien (http://www.cntgaliza.org/?q=node/1026).

Der Text wurde ergänzt vom Anarchosyndikat Köln/Bonn durch Informationen aus einem Konferenzbericht der Solidarity Federation Brighton (http://brightonsolfed.wordpress.com/2010/08/24/report-back-from-iwa-conference-in-leon-spain/)



Anarchie braucht keine Hosenträger

(ein poetisches Konzentrat in 6 Worttabletten)

Anarchie braucht keine Hosenträger Krawattennadeln oder Wahrheiten die sich in warme Socken verwandeln kaum daß die Sprache in ihnen Fuß gefaßt hat Anarchie braucht keine Moral keine Tapete des Denkens keine Objektivität diese Lebensversicherung des Alltags die unter den Achseln juckt sie braucht keine Parteien jene Lutschbonbons aus dem Regal für Sonderangebote Anarchie braucht keine Religion oder Schiedsrichter Wegweiser Lehrstühle Anarchie ist Leben

Anarchie ist Leben Anarchie ist keine 4-Zimmer-Wohnung und sie ist auch kein Swimming-Pool kein Vorgarten keine Schönheit kein Hauptgewinn sie ist auch keine Sitzhaltung Anarchie ist kein Fahrstuhl Da ist kein Knopf dran um sie zu regeln oder abzustellen Anarchie ist keine Methode keine Filteranlage kein Mikroskop unter dem sich das Leben seziert Sie ist auch kein Fahrschein kein Urlaubsziel keine Zeitreise Sie ist keine Psychologie keine Therapie kein Fußball Anarchie ist Lebensraum

Anarchie ist Lebensraum Sie ist die Leerstelle zwischen zwei Worten in die das Denken taucht Sie ist der Anfang vom Anfang oder der Aufsprung einer inneren Katze gegen die Wirklichkeit Sie fährt ihre Krallen aus gegen das verbeamtete Deutschland Sie ist ein Aufstand der Leidenschaft gegen die Fahrpläne der Bildung in denen der Staat die Auswahl der Gedanken normiert Anarchie ist die Karambolage auf den Straßen der Gelehrsamkeit eine Katastrophe in den Schablonen der Interpretation Anarchie ist sinnliche Praxis Ein Bluterguß am Kopf der Normalität Anarchie ist Bewegung

Anarchie ist Bewegung freies Spiel der Gedanken Revolte der Poesie gegen das lineare Denken Zuversicht die hinter den Ohren flutscht oder eine Seifenkiste in der die Sprache die Hügel der Kriegsgräber hinabfährt Anarchie spuckt auf das Heldentum freiwilliger Selbstunterwerfung unter die Herrschaft und auf die Prophezeiungen der Politik Sie speit auf den Nationalgedanken in dessen Namen der innere Soldat ins äußere Regiment umschlägt Nein Anarchie stößt die Palette um auf der sich Nationalfarben in Gesinnungen verwandeln Anarchie küßt sich frei

Anarchie küßt sich frei durch die Holzwege der Tagesschau auf denen sich die euro-nationale Masthaltung der Wähler zur Meinungsbildung objektiviert Anarchie holt die Nachrichtenkutscher vom Kutschbock der Wahlstatistik herunter Anarchie verknotet die Fernsehkanäle zu Geschenkschleifen und zieht den Stecker raus Anarchie bindet Wahrheiten zu Blumensträußen und lacht an gegen Werbemacher Wahlforscher und Strategen denen ihr aus Fangquoten destillierter Zeitgeist abrutscht und als Kronkorken in die Auffangschalen der Lottoziehung fällt Anarchie braucht keine Ersatzmittel Steigbügelhalter des Daseins Stützmieder oder Körperkorsetts Hosenträger

Anarchie braucht keine Hosenträger keinen Tragegurt der irgendwelche zu Legislaturperioden zusammengewebten Versprechen als kurzbeinige Hosentracht am Bierbauch der Konventionen festhält Nein Anarchie löst die Halterungen der Wirklichkeit und läßt sie zu Boden fallen Anarchie verwandelt Konventionen in Stangenlakritz - Anarchie: wie Wind der durch die Hosen fährt oder ein Schlag auf die lichtbespannten Trommeln der Vorstädte gegen den Rhythmus der Ampelanlagen vor denen der blondierte Alltag seine Gewohnheiten zum Blindflug formiert

Ralf Burnicki



Gifte, Staub und Strahlen - wer muss dafür zahlen?

Vorsicht: Arbeit kann die Gesundheit gefährden!

http://anarchosyndikalismus.org